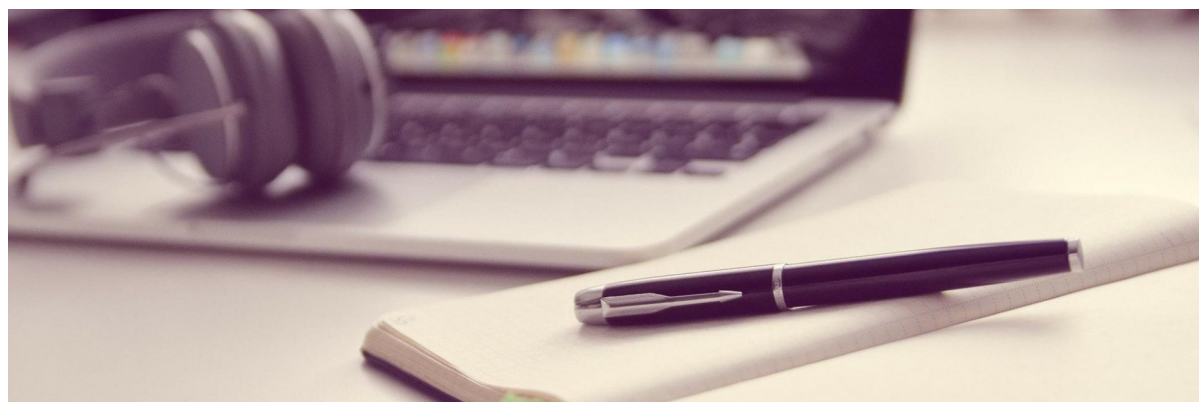


COVID-19-UPDATE #124 (Freitag, 18. September 2020)

E e-mail Posteingang 799301

Datum Vom 18.09.2020 09:11 Wiedervorlage 18.09.2020 09:14
 Merkmale Sarah Gümüser
 E-Mail An <update@business.ruhr> Von COVID-19-UPDATE <update@business.ruhr>
 Details E-Mail Adresse : update@business.ruhr

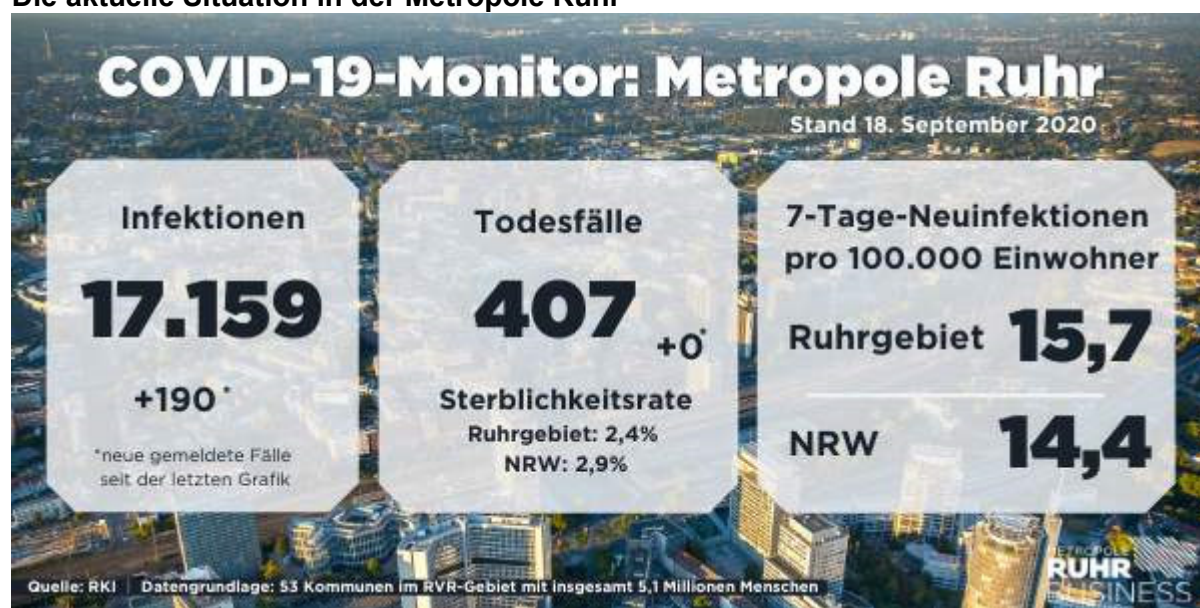


COVID-19-UPDATE Nummer 124

Freitag, 18. September 2020

Alle Informationen auch auf unserer [Webseite](#)

Die aktuelle Situation in der Metropole Ruhr



Die aktuellen Fallzahlen aller 53 Kommunen in der Metropole Ruhr vom Robert Koch Institut. Die Karte zeigt die Lage in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Ruhrgebiets bei der wichtigen Kennziffer zu den 7-Tage-Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Bis 25 ist alles im grünen Bereich. Bei einem Wert über 35 müssen die betroffenen Kommunen, das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG) und die zuständige Bezirksregierung umgehend weitere konkrete Schutzmaßnahmen

abstimmen und umsetzen. Ab 50 sind zwingend zusätzliche Schutzmaßnahmen anzuordnen.



Konjunkturpaket: Nordrhein-Westfalen startet zusätzlichen Förderaufruf „Grüne Infrastruktur“

Ab sofort nehmen die Bezirksregierungen Nordrhein-Westfalens Anträge im Rahmen eines zusätzlichen Förderaufrufs „Grüne Infrastruktur“ entgegen. Dabei geht es um Maßnahmen, **die Grüne Infrastruktur erhalten, entwickeln und aufwerten**. Für den Förderaufruf zur Stärkung der Konjunktur durch Investitionen in grüne Infrastruktur stehen fünf Millionen Euro zur Verfügung. Um die Maßnahmen kurzfristig umzusetzen, wird eine Förderung von bis zu 100 Prozent gewährt. Die Förderung legt den Schwerpunkt auf urbane Biodiversität und Naturerleben. Beispiele für förderfähige Maßnahmen sind die Entsiegelung von Flächen zur ökologischen Aufwertung, das Anlegen naturnaher Wasserflächen und Feuchtbereiche und größerer Blühflächen aber auch „kleinere“ Einzelmaßnahmen wie das Anpflanzen von Bäumen.

Anträge können bis zum 14. Oktober 2020 gestellt und zusammen mit dem Förderaufruf und den Richtlinien „Grüne Infrastruktur“ auf www.umwelt.nrw heruntergeladen werden.

Bundestag beschließt milliardenschwere Entlastung der Kommunen

Der Bund will den Kommunen rund 6,1 Milliarden Euro für die ausgefallene Gewerbesteuer zahlen. 1,4 Milliarden Euro kämen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch den Gewerbesteuerausgleich zu Gute. Der Bund will sich außerdem dauerhaft stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung bei Hartz-IV-Empfängern beteiligen. Die dauerhafte stärkere Beteiligung des Bundes an Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende kostet laut Gesetz mittelfristig rund 3,4 Milliarden Euro pro Jahr. Für beide Maßnahmen war eine Grundgesetzänderung notwendig. Der Bundesrat befasst sich heute (18.9.2020) mit dem Gesetz, eine Zustimmung galt als sicher. Der Deutsche Städtetag hatte die Entlastungen bereits begrüßt – aber zusätzliche Milliardenhilfen vom Bund gefordert. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans hat die Entlastung der Kommunen als wichtigen Schritt bezeichnet – pocht aber auf eine Übernahme kommunaler Altschulden.

Bleiben Sie gesund!
 Ihr Help-Desk-Team der BMR